


# Welt:Bürger gefragt!

## Handlungsvorschläge

Anlage zum Vorschlag für neue Entwicklungspolitische  
Leitlinien des Landes Baden-Württemberg



 Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung Baden-Württemberg



**Baden-Württemberg**

STAATSMINISTERIUM

# Inhalt

## Einleitung

1. Fortführung des entwicklungspolitischen Dialogs
2. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
3. Engagement der Migranten und Diasporagemeinschaften
4. Globales Lernen
5. Wissenschaft, Forschung und Lehre
6. Entwicklungspolitische Partnerschaften
7. Verantwortliche Beschaffung
8. Fairer Handel
9. Wirtschaftspolitik
10. Finanzpolitik
11. Handlungsvorschläge im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit
12. Entwicklungspolitik als landespolitische Querschnittsaufgabe
13. Umsetzung der gemeinsamen entwicklungspolitischen Verantwortung in der Kooperation mit internationalen Organisationen, der Europäischen Union und dem Bund
14. Finanzierung der Entwicklungspolitik



**Baden-Württemberg**

STAATSMINISTERIUM

# Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog  
der Landesregierung

## Handlungsvorschläge

Anlage zum Vorschlag für neue Entwicklungspolitische  
Leitlinien des Landes Baden-Württemberg

### Einleitung

Während die Entwicklungspolitischen Leitlinien die Grundsätze für die Entwicklungspolitik des Landes beschreiben, werden in diesen Handlungsvorschlägen konkrete Vorschläge zur Umsetzung gemacht. Die Handlungsvorschläge wurden aus den rund 2500 Vorschlägen zusammengestellt, die im Rahmen des entwicklungspolitischen Dialogs „WELT:BÜRGER GEFRAGT!“ von den Bürgern gemacht wurden und von Verbänden und Organisationen eingereicht wurden. Die Dokumentation aller Vorschläge finden sie unter [www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt).

Diese Handlungsvorschläge sollen im Dialog mit den vielfältigen entwicklungspolitischen Akteuren in Baden-Württemberg jährlich überprüft und fortgeschrieben werden. Dazu soll jeweils der „Themenspeicher“ der Vorschläge aus dem entwicklungspolitischen Dialog „WELT:BÜRGER GEFRAGT!“ herangezogen werden.

### 1. Fortführung des entwicklungspolitischen Dialogs

In Fortführung des entwicklungspolitischen Dialogs „WELT:BÜRGER GEFRAGT!“ wird die Landesregierung eine jährliche Fachtagung mit den entwicklungspolitischen Akteuren veranstalten. Dort berichtet die Landesregierung über die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und berät mit den Akteuren über die weiteren Schritte. Zwischen diesen Fachtagungen berät ein entwicklungspolitischer Fachbeirat die Landesregierung bei der Umsetzung der Leitlinien. Bei der Besetzung des Fachbeirats sollen die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteure angemessen vertreten sein. Es ist darauf zu achten, Experten aus dem Bereich der Migrantorganisationen und Diasporagemeinschaften einzubeziehen.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### 2. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Baden-Württemberg wird sich am bundesweiten Eine Welt-Promotoren-Programm mit Fachpromotoren und Regionalpromotoren beteiligen. Das vorliegende Konzept soll dazu in Zusammenarbeit zwischen dem Staatsministerium, dem Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DE-AB) als entwicklungspolitischem Landesnetzwerk und anderen entwicklungspolitischen Akteuren weiterentwickelt werden. Es wird geprüft, wie der DEAB strukturell gefördert werden kann.

Das Land wird sich in Zusammenarbeit mit den Kommunen für stärkere kommunale und regionale Vernetzungen der unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteure einsetzen. Dies kann etwa durch die Förderung von bestehenden sowie neu gebildeten Netzwerken oder „Eine Welt-Häusern“ geschehen, in denen verschiedene entwicklungspolitische Gruppen und Organisationen unter einem Dach Büros und Veranstaltungsräume finden.

### 3. Engagement der Migranten und Diasporagemeinschaften

*Migranten spielen in allen Handlungsfeldern eine wichtige Rolle. Sie werden hier gesondert aufgeführt, weil ihr Engagement bisher oft nicht angemessen wahrgenommen wird.*

Die Landesregierung wird zusammen mit den Kommunen die zivilgesellschaftlichen Strukturen der Migrantenorganisationen und Diasporagemeinschaften stärker fördern, damit diese das entwicklungspolitische Engagement der Migranten unterstützen können. Zur besseren Vernetzung soll auch das bürgerschaftliche Engagement der Migranten auf lokaler Ebene stärker unterstützt werden.

Das Land wird prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, auf die Transaktionskosten für finanzielle Rücküberweisungen in Entwicklungsländer Einfluss zu nehmen, um diese zu reduzieren (Beratung und Unterstützung bei der Transaktion).

Die entwicklungspolitisch tätigen Migrantenorganisationen und Diasporagemeinschaften sollen darin unterstützt werden, die Fördermittel des Landes in Anspruch zu nehmen.

Das Land wird sich auf Bundesebene für eine Ausweitung der kulturellen Austauschmöglichkeiten einsetzen (z. B. in der Erleichterung von kulturellen Gastspielen).

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### 4. Globales Lernen

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und damit auch der Bereich des Globalen Lernens sollen bei der Reform der Bildungspläne als leitendes Bildungsziel verankert werden. In der Konsequenz werden entwicklungspolitische Themen und Kompetenzen des Globalen Lernens in die Bildungspläne aller Schulen aufgenommen. Der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“<sup>12</sup> der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird in die Bildungspläne implementiert. Der entwicklungspolitische Fachbeirat und die Fachorganisationen und Netzwerke des Globalen Lernens in Baden-Württemberg (z.B. Landesarbeitskreis Schule für Eine Welt Baden-Württemberg, Unesco-Projektschulen, usw.) sollen in die Entwicklung der Bildungsreform eingebunden werden.

In allen Schulen werden feste Ansprechpartner für das Globale Lernen ernannt und entsprechend qualifiziert. Es wird angestrebt, dass die Schulen einen Verfügungsfonds für Aktivitäten der Schüler in diesem Bereich anbieten (gegebenenfalls in Kooperation mit Fördervereinen oder Eltern).

Die Schulen des Landes werden ermutigt, sich in entwicklungsbezogenen Partnerschaften und Programmen zu engagieren.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und entwicklungspolitischen Akteuren soll ausgebaut werden. Dazu können Rahmenvereinbarungen zwischen Kultusministerium und entwicklungspolitischen Organisationen geschlossen werden, die Modalitäten empfehlen, Mindeststandards für Kooperationen definieren und finanzielle Rahmenbedingungen klären, um die Zugänge lokaler entwicklungspolitischer Akteure zu den Schulen zu erleichtern.

Das Land wird die Kompetenzen und Aktivitäten im Bereich des Globalen Lernens z. B. durch die Förderung dezentraler Lernorte, die Unterstützung eines Kompetenzzentrums „Globales Lernen“ und den Ausbau der wissenschaftlichen Begleitung erweitern.

Das Leitbild des „Global Teacher“ wird in der Personalentwicklung im Lehramt verankert. Jeder angehende Lehrer sollte nach Möglichkeit im Rahmen seiner Ausbildung oder seines Berufslebens einmal in einem anderen Land tätig gewesen sein. Auf diese Weise entstehen interkulturelle Kompetenzen und Lehren erhält einen globalen Aspekt. Umgekehrt ist die Einbeziehung von Lehrern aus den Entwicklungsländern ein wichtiges Ziel, das in allen Schularten stärker gefördert werden soll.

---

<sup>1</sup>Link zum Orientierungsrahmen: [http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial\\_\\_national/Orientierungsrahmen\\_20f\\_C3\\_BCr\\_20den\\_20Lernbereich\\_20Globale\\_20Entwicklung.pdf](http://www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial__national/Orientierungsrahmen_20f_C3_BCr_20den_20Lernbereich_20Globale_20Entwicklung.pdf)

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Ein großes Potential für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit sind zurückgekehrte Fachkräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit, die in dem bundesweiten Programm „Bildung trifft Entwicklung“ qualifiziert und vermittelt werden, zum Beispiel an Schulen. Dieses Programm wird bislang weitgehend von Engagement Global aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Das Land unterstützt dieses Programm und schafft dafür eine nachhaltige Perspektive in Baden-Württemberg.

Die Kompetenzen und Erfahrungen von Migranten, die in Baden-Württemberg leben, sollen aktiv in Programme des Globalen Lernens einbezogen werden.

### 5. Wissenschaft, Forschung und Lehre

Die Hochschulen sollen in ihre jeweiligen Internationalisierungsstrategien und ihre Strukturplanungen entwicklungspolitische Zielsetzungen aufnehmen. Es ist in den jeweiligen Hochschulen zu klären, inwieweit im Rahmen der strategischen Planung und der Entwicklung von Internationalisierungsstrategien auch die entwicklungsbezogene Forschung und Lehre ausgebaut werden kann.

Hierzu ist eine Absprache der baden-württembergischen Hochschulen zur arbeitsteiligen Bündelung von Kompetenzen sinnvoll. Die Inhalte vieler Studienfächer sind trotz der vielfältigen internationalen Bezüge oftmals noch stark durch den nationalen Referenzrahmen geprägt. Bei der Revision der Studienpläne soll deshalb auf eine Internationalisierung der Inhalte geachtet werden.

Hochschulpartnerschaften und Wissenschaftsnetzwerke sollen ausgebaut werden, um in partnerschaftlicher Zusammenarbeit lokale Wissenschaftsstrukturen in Baden-Württemberg wie in den Partnerländern zu stärken, etwa durch Tandem-Forschungsprojekte, Summer Schools sowie die Stärkung von Alumni-Netzwerken, „Flying Faculties“, den Ausbau von Süd-Süd-Partnerschaften und die Beratung der Privatwirtschaft durch Hochschulen. Wichtig ist, dass dabei die jeweils passenden Hochschul-Typen zusammen finden. Beim Aufbau von Partnerschaften sollen die international akzeptierten Grundsätze der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) der Schweizer Akademie der Wissenschaften berücksichtigt werden.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup><http://www.kfpe.ch/11-Principles/>

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Unter Studierenden aus Entwicklungsländern, die kein Stipendium erhalten, ist die Quote der Studienabbrecher hoch. Die neuen Studienordnungen machen es immer schwieriger, Lebenserwerb und Studium miteinander zu verbinden. Deshalb sollen die Stipendienprogramme des Landes stärker für Studierende aus Entwicklungsländern geöffnet werden.

Für ausländische Studierende sollen die bürokratischen Hemmnisse und Hürden für ein Studium in Baden-Württemberg abgebaut werden. Das Land soll sich auf Bundebene für eine Erleichterung der Visa-Vergabe an Studierende einsetzen. Die finanziellen Anforderungen an das Sperrkonto sollen reduziert werden. Die Obergrenzen für einen Zuverdienst sollen erhöht werden. Die Informationen über die Möglichkeiten für Studienaufenthalte in Deutschland müssen verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf den Finanzierungsnachweis. Die Ausweitung von englischsprachigen Studienangeboten ist zu prüfen.

Das Studienbegleitprogramm (STUBE) ist in Baden-Württemberg das Programm zur entwicklungspolitischen Qualifizierung ausländischer Studierender aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Dieses Programm soll stärker gefördert werden. Für Neuankömmlinge könnte ein Patenschaftsprogramm geschaffen werden, das die Ankunft und die Integration in Deutschland erleichtert.

Die Alumni-Arbeit mit ehemaligen Studierenden aus Entwicklungsländern sollte von den Hochschulen systematisch ausgebaut werden, um ein nachhaltiges Netzwerk mit Brückenfunktion zu entwickeln. Für die Alumni sollten dazu Anreize z. B. durch eine erleichterte Wiedereinreise, Einladungen für die Familie, Auszeichnungen und Referenzen geschaffen werden.

Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen muss verbessert werden. Es ist wichtig, dass hier eine Kohärenz hergestellt wird. Die entsprechenden Regelungen und Verwaltungspraktiken sollen entsprechend überarbeitet werden.

### 6. Entwicklungspolitische Partnerschaften

Die in der Partnerschaftsarbeit engagierten Organisationen und Institutionen benötigen ein gemeinsames Partnerschaftszentrum. Dieses Zentrum soll allen Partnerschaften im Land zugutekommen. Es soll eine offene Plattform zum gegenseitigen Austausch von Erfahrungen und Know-how sein und darüber hinaus Dienstleistungen anbieten, die allen Partnerschaften im Land zugänglich sind (z.B. bei der Klärung von rechtlichen Fragen oder der Erlangung von Visa für ausländische Gäste in Baden-Württemberg). Die Migranten sollen eng in die Partnerschaftsarbeit einbezogen werden. Es ist zu klären, ob hierzu die bestehenden Angebote der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Ba-

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

den-Württemberg (SEZ), zu deren Kernaufgaben die Unterstützung, Förderung und Begleitung von Partnerschaften gehören, entsprechend weiter entwickelt werden können.

Die gewachsene Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi soll durch ein gemeinsames Partnerschaftsabkommen gefestigt werden. Dieses Abkommen definiert auch Themen, an denen in der Partnerschaft gearbeitet werden soll, wie z. B. ökologische Landwirtschaft, „Klima-Brücken“, Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen, Stärkung von Jugendlichen o. ä. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob die Einrichtung einer Servicestelle in der burundischen Hauptstadt Bujumbura sinnvoll und notwendig ist.

Das Land soll sich für die Erleichterung der Einreisemodalitäten für Partnerschaftsgruppen einsetzen (Visa, Bürgschaften etc.).

Das Land wird sich (auch gegenüber dem Bund) für den Ausbau gleichberechtigter Reverse-Programme (Austausch nicht nur in Nord-Süd-Richtung, sondern auch in Süd-Nord-Richtung) einsetzen, z. B. durch den Abbau bürokratischer Hürden bei Freiwilligenprogrammen.

### 7. Verantwortliche Beschaffung

Das Land wird die vergaberechtlichen Voraussetzungen schaffen, um bei der öffentlichen Beschaffung in Baden-Württemberg verbindliche ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien festlegen und anwenden zu können. Wo immer möglich, sollen bevorzugt Produkte aus regionaler Herstellung und dem Fairen Handel beschafft werden.

Die Landesregierung wird, wie schon mit dem „Forum Energiewende“ geschehen, eine Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden anstreben, um die verantwortliche Beschaffung in öffentlichen Verwaltungen zu fördern und umzusetzen. Dazu werden konkrete, überprüfbare Zielvereinbarungen getroffen und regelmäßige Umsetzungsberichte veröffentlicht.

Das bisherige Serviceangebot im Bereich der verantwortlichen Beschaffung wird weiter ausgebaut und vom Land durch seine Vorbildfunktion und die Entwicklung verbindlicher Standards politisch flankiert. Um eine verantwortliche öffentliche Beschaffung auf Landes- und kommunaler Ebene praxisnah zu unterstützen, wird das Land eine Servicestelle aufbauen, die entsprechende Beratungsleistungen, Schulungen und Informationsmaterialien anbietet. Das Land prüft, wie die verantwortliche öffentliche Beschaffung durch Präqualifizierungslisten bzw. -datenbanken unterstützt werden kann.



# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Das Land wird die Entwicklung von Instrumenten unterstützen, mit denen die Einhaltung ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards überprüft und nachgewiesen werden

kann, um so bei der Umsetzung einer verantwortlichen öffentlichen Beschaffung nach und nach nicht mehr nur auf Eigenerklärungen der Bieter angewiesen zu sein.

Die Herausforderungen der Korruptionsbekämpfung im Rahmen der Beschaffung sollen gemeinsam mit anderen relevanten Akteuren (z. B. Transparency International) aktiv angegangen werden.

### 8. Fairer Handel

In dem gemeinsamen Bestreben aller entwicklungspolitischen Akteure, den Fairen Handel aus seiner ökonomischen Nische herauszuholen, beteiligt sich das Land an einer Öffentlichkeitskampagne für den Fairen Handel mit dem Ziel, den Anteil fair gehandelter Produkte bis 2020 zu verzehnfachen.

Das Land setzt sich dafür ein, dass die vereinsrechtlichen und genossenschaftlichen Regelungen und Verwaltungspraktiken in Baden-Württemberg so umgesetzt werden, dass Weltläden als Wirtschaftliche Vereine oder Genossenschaften agieren können.

Das Land unterstützt die Bestrebungen von Kommunen, sich für den Fairen Handel zu engagieren und sich als „Fair Trade Town“ zu qualifizieren.

Die Messe FAIR HANDELN soll weiter entwickelt werden.

Die Bildungsarbeit für den Fairen Handel wird vom Land stärker unterstützt werden: Weltläden und andere Akteure im Fairen Handel leisten sehr viel Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Viele Akteure der schulischen und außerschulischen Bildung fragen bei den Weltläden oder anderen Fair-Handels-Initiativen nach Vorträgen oder Lerneinheiten zum Fairen Handel. Die große Nachfrage nach Information über den Fairen Handel kann nicht allein von ehrenamtlich Engagierten bedient werden.

Ehrenamtliches Engagement im Fairen Handel braucht hauptamtliche Unterstützung zur Professionalisierung: Beratungs- und Bildungsangebote für Weltläden, intensives, praxisnahes und kostengünstiges Coaching der ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die Schulung von Multiplikatoren. Dazu bedarf es einer finanziellen Förderung der Fair-Handels-Beratung und der Förderfähigkeit von wirtschaftlicher Beratung für die Weltläden und andere Akteure im Fairen Handel.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### 9. Wirtschaftspolitik

Das Land setzt sich für eine engere Vernetzung zwischen Wirtschaft und entwicklungspolitischen Organisationen ein. Dazu wird die Landesregierung ein landesweites Dialogforum zwischen baden-württembergischen Unternehmen, Kammern und Wirtschaftsverbänden und anderen entwicklungspolitischen Akteuren organisieren, in dem der Austausch weiter entwickelt werden kann.

Das Land setzt sich dafür ein, dass baden-württembergische Unternehmen im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility Politik (CSR) verstärkt auf die entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Wirkungen ihrer Geschäftstätigkeit achten. Dabei soll die gesamte Produktionskette in den Blick genommen und insbesondere die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und anderer Menschenrechtsstandards verbindlich eingefordert werden. Wo nötig, müssen freiwillige Initiativen durch gesetzliche Maßnahmen ergänzt werden. In diesem Sinne sollen die CSR-Aktivitäten des Landes und die CSR-Kooperationen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg gestärkt und weiterentwickelt werden.

Die Projekte, die Handel und Industrie aus Baden-Württemberg in Entwicklungsländern unterhalten, sollen besser bekannt gemacht werden. Hier ist eine organisatorische Vernetzung notwendig. Ein Netzwerk von Unternehmen mit innovativen Strategien zur Entwicklungszusammenarbeit soll gegründet werden, Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Entwicklungspolitik stärker unterstützt werden.

Austauschprogramme und der Einsatz von Experten sollen ausgebaut werden. Dazu sollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft entwicklungspolitische Expertenprogramme erweitert werden. Ziel ist es die Entwicklung des Mittelstands in den Entwicklungsländern zu fördern und den Transfer von Knowhow zu verbessern.

Gemeinsam soll die duale Berufsausbildung im Ausland gefördert werden. Speziell in den Ausbildungsprojekten sollte eine größere Koordination der Projekte stattfinden.

Die Kompetenz der Migranten und der Diaspora soll für Projekte im Süden genutzt werden. Hierzu könnte es eine zentrale Anlaufstelle für wirtschaftliche Fragen geben, die Akteure der Wirtschaft, der Kommunen, der Hochschulen und der Zivilgesellschaft miteinander vernetzt.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

### 10. Finanzpolitik

Das Land Baden-Württemberg wird in seine Nachhaltigkeitsstrategie für Finanzanlagen entwicklungspolitische Kriterien aufnehmen. Das Land setzt sich dafür ein, dass auch die Landesbank Baden-Württemberg und die Landeskreditbank entsprechende entwicklungspolitische Kriterien in ihre Nachhaltigkeitsstrategien aufnehmen. Entwicklungsschädliche Maßnahmen sollen nicht durch Banken mit Landesbeteiligung finanziert oder verbürgt werden (Do-No-Harm-Ansatz).

Das Land wird sich dafür einsetzen, mit den Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein Austauschprogramm im Finanzwesen und in der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen zu initiieren.

### 11. Handlungsvorschläge im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit

Die Landesregierung ist dabei, die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs neu auszurichten. Im Rahmen dieser Neuausrichtung soll das Regierungshandeln jeweils auch auf entwicklungspolitische Folgen abgeprüft werden. Dazu werden entwicklungspolitische Kriterien in die Nachhaltigkeitsprüfung aufgenommen und entwicklungspolitische Experten – auch aus der Zivilgesellschaft – in die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden.

Baden-Württemberg soll ein nachhaltiges Bundesland im Sinne der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ werden. Nachhaltigkeitskonzepte für alle Ministerien und Behörden auf Landes- und kommunaler Ebene sowie öffentliche Kampagnen fördern die Erreichung dieses Ziels.

In der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern soll eine engere technologische Zusammenarbeit im Bereich regenerativer Energien unterstützt werden, z. B. durch Anreize für gemeinsame Projekte.

Die Ressourcenstrategie des Landes Baden-Württemberg muss geändert werden: die Ziele der Schonung natürlicher Ressourcen, des Klima- und Gewässerschutzes, des Schutzes der biologischen Vielfalt, der Technikfolgenabschätzung und der Risikovorsorge müssen auch in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern umgesetzt und entwicklungspolitische Kriterien in die Ressourcenstrategie einbezogen werden.

In die Pflichtenhefte des Qualitätszeichens Baden-Württemberg (QZ BW) sollen entwicklungspolitische und ökologische Nachhaltigkeitskriterien einbezogen werden, z. B. durch den Ausschluss von Tierfutterimporten aus Entwicklungsländern.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Angesichts der negativen entwicklungspolitischen Auswirkungen eines überzogenen Fleischkonsums (ineffiziente Verwendung der Weltgetreideproduktion, subventionierter Export von Fleischüberschüssen und Fleischresten in Entwicklungsländer, ökologische Auswirkungen intensiven Futtermittelanbaus, u.a.) soll sich das Land stärker für eine vegetarische Ernährung einsetzen, z. B. durch einen vegetarischen Tag pro Woche in den Kantinen der Landesverwaltung.

### 12. Entwicklungspolitik als landespolitische Querschnittsaufgabe

**Landesregierung:** Die Entwicklungspolitik des Landes soll auch in Zukunft durch ein eigenes Referat im Staatsministerium koordiniert werden. Zur besseren Koordinierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes richtet die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe ein. Jedes Ressort in der Landesregierung soll einen Ansprechpartner für Fragen der Entwicklungspolitik bestimmen. Diese Ansprechpartner bilden eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Staatsministeriums, die für die kohärente Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Landesregierung verantwortlich ist. Es ist zu prüfen, ob in diesen Arbeitskreis auch Vertreter nachgeordneter Behörden wie der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) einbezogen werden.

**Landtag:** Die Bündelung der Zuständigkeiten für entwicklungspolitische Fragen im Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags ist eine positive Entwicklung. Der regelmäßige Dialog der Ausschussmitglieder mit den unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteuren über den „Runden Tisch Entwicklungspolitik“ der Landtagsfraktionen, entwicklungspolitische Veranstaltungen und Anhörungen im Landtag oder den Ausbau von Parlamentspartnerschaften soll fortgeführt werden.

Der Landtag soll in die regelmäßige Fortschreibung der Handlungsvorschläge mit der Landesregierung und den entwicklungspolitisch engagierten Organisationen, Verbänden und Institutionen einbezogen werden.

**Personalpool und Personalentwicklung:** Die Landesregierung wird den „dynamischen Europapool“ zu einem „dynamischen globalen Expertenpool“ erweitern. Die Abordnung von Bediensteten des Landes für entwicklungspolitisches Engagement soll erleichtert und erweitert werden. Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit Experten aus der Landesverwaltung, aber auch aus kommunalen Verwaltungen, verstärkt für Projekte oder Austauschprogramme im Rahmen von Partnerschaften freigestellt werden können. Der Experteinsatz sollte auch im Rahmen von Partnerschaften der zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen Kooperationsmöglichkeiten mit der baden-württembergischen Wirtschaft geklärt werden, z. B. im Rahmen des Expertenaustauschs.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Das Land setzt sich für die interkulturelle Öffnung aller Verwaltungsbereiche ein und wird den Migranten einen erleichterten Zugang zum öffentlichen Dienst ermöglichen. Die Kompetenzen der Migranten und der Diaspora sollen besonders im Entwicklungsbereich stärker genutzt werden.

Die Landesregierung führt regelmäßig Fortbildungsmaßnahmen zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien in wichtigen Tätigkeitsbereichen durch, z. B. im Bereich der verantwortlichen Beschaffung oder des Globalen Lernens.

### **13. Umsetzung der gemeinsamen entwicklungspolitischen Verantwortung in der Kooperation mit internationalen Organisationen, der Europäischen Union und dem Bund**

Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene für ein Verbot deutscher Rüstungsexporte in Entwicklungsländer und gegen öffentliche Bürgschaften für Rüstungsexporte einsetzen. Sie wird in Baden-Württemberg einen Dialogprozess über die Konversion von Rüstungsprodukten unter Beteiligung der rüstungsproduzierenden Unternehmen und der Zivilgesellschaft initiieren.

Das Land setzt sich auf Bundes- und europäischer Ebene für Sorgfalts- und Offenlegungspflichten zu den ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit von Unternehmen ein.

Das Land hat im eigenen Verantwortungsbereich eine neue Flüchtlingspolitik eingeleitet, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse von Flüchtlingen und ihre stärkere Integration zum Ziel hat. Die Landesregierung setzt sich deshalb auch auf Bundesebene gegen die Abschiebung von Flüchtlingen und ihren Familien ein, die in die Gesellschaft integriert sind. Sie setzt sich auf europäischer Ebene für eine andere Flüchtlingspolitik ein, die die Menschenrechte von Flüchtlingen gewährleistet und verhindert, dass jährlich tausende von Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu flüchten, ums Leben kommen.

Die Landesregierung wird sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass europäische Agrarexporte in Entwicklungsländer nicht mehr subventioniert werden und stattdessen die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft gefördert wird.

Die Landesregierung setzt sich gegen die Aneignung von biologischen Ressourcen durch Patentierung und für den weltweiten Erhalt der biologischen Vielfalt ein.

Das Land setzt sich auf Bundesebene für bessere kulturelle Austauschmöglichkeiten ein.

# Welt:Bürger gefragt!



## Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Das Land wird den Impuls des Europaparlaments aufgreifen und sich aktiv für eine langfristige, Sektor übergreifende europäische Strategie für Bildungsarbeit im Entwicklungsbereich und die entsprechende Sensibilisierung sowie aktive globale Bürgerschaft einsetzen.

### 14. Finanzierung der Entwicklungspolitik

Die für die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sollen in den kommenden Jahren erhöht werden, um der zunehmenden Bedeutung der Entwicklungspolitik gerecht zu werden und die damit verbundenen wachsenden Aufgaben zu erfüllen. Das kommt den Menschen in Baden-Württemberg ebenso zugute wie den weltweiten Partnern. Das Land orientiert sich dabei an den internationalen Verpflichtungen, die Deutschland z. B. im Rahmen der Millenniumsziele eingegangen ist (0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit).

Das Land wird weiterhin einen eigenständigen entwicklungspolitischen Haushaltstitel ausweisen, aus dem einerseits Aufgaben in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und andererseits Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden. Unbeschadet davon finanzieren die Fachministerien entwicklungspolitische Maßnahmen, die in ihren Aufgabenbereich fallen, selbst.

*Begründung: Ohne finanzielle Förderung des Landes stehen entwicklungspolitisch engagierten Akteuren, vor allem der Zivilgesellschaft, vielfach Finanzierungsquellen z. B. der Europäischen Union und des Bundes nur begrenzt zur Verfügung, da sie eine entsprechende Ko-Finanzierung voraussetzen. Die Finanzmittel des Landes für die Entwicklungspolitik könnten durch die Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitisch engagierten Organisationen „gehebelt“ werden, d. h. eine zielgerichtete Förderpolitik kann ein Vielfaches an Mitteln für entwicklungspolitische Projekte freisetzen.*

Die Landesregierung soll die Kompensation aus CO<sub>2</sub>-Emissionen zweckgebunden in die Entwicklungsarbeit investieren.

Das Land soll ein Konzept zur Erschließung neuer Geldquellen für die Entwicklungspolitik erstellen. Dazu lohnt sich der Blick über die Landesgrenzen hinaus in andere Bundesländer. Diese nutzen z. T. weitere Finanzierungsinstrumente zugunsten der Entwicklungspolitik. Das Land soll prüfen, inwiefern es möglich ist, solche Instrumente auf Baden-Württemberg zu übertragen. In diese Überlegungen sollen die Möglichkeiten der vom Land gegründeten Stiftungen einbezogen werden.

**Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog  
WELT:BÜRGER GEFRAGT! finden Sie unter:**

[www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt](http://www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt)  
[www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt](http://www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt)

**Kontakt**

Evangelische Akademie Bad Boll  
Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann  
Akademieweg 11  
73087 Bad Boll  
[weltbuerger@ev-akademie-boll.de](mailto:weltbuerger@ev-akademie-boll.de)



**Baden-Württemberg**

STAATSMINISTERIUM